

PRESSEERKLÄRUNG

Berlin, den 29. Juni 2016

Verdrängung durch landeseigene Gewobag verhindern!

SPD-Fraktion Pankow fordert sozialverträgliche Modernisierung der Knaackstr. 60-68

Die Wohnungen in der Knaackstraße 60-68 zählen zu den wenigen verbliebenen preiswerten Wohnungen im Gebiet rund um den Kollwitzplatz. Nun hat die landeseigene Wohnungsbaugesellschaft Gewobag als Eigentümerin des Komplexes eine umfangreiche Modernisierung angekündigt, die unter anderem die Dämmung der Fassade umfasst. Nach Abschluss der Arbeiten sollen die Mieterinnen und Mieter ohne erkennbare Heizkosteneinsparungen rund 80 Prozent mehr zahlen als bisher – deutlich zu viel für die meisten jetzigen Bewohnerinnen und Bewohner, die eine Verdrängung aus ihren Wohnungen befürchten. Mit einem Antrag zur heutigen 41. Tagung der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Pankow setzt sich die SPD-Fraktion deshalb für eine sozialverträgliche Lösung ein.

Die SPD-Fraktionsvorsitzende Rona Tietje verweist dazu auf die bisherigen Erfahrungen im Bezirk: „Wir haben in Pankow eine gute Tradition des Dialogs mit den landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften. Dadurch konnten über vertragliche Vereinbarungen bereits zahlreiche Modernisierungen so durchgeführt werden, dass keine Verdrängung stattfand. Auch die Gewobag war hier bereits Partner - wir erwarten deshalb, dass sie ihrer Verantwortung gerecht wird und diesen Weg im Interesse der Mieterinnen und Mieter weiter geht.“ Der Vorsitzende des Stadtentwicklungsausschusses und SPD-Bezirksverordnete, Roland Schröder, sagt mit Blick auf die Knaackstraße: „Nach Angaben der Mieterinnen und Mieter schätzt die Gewobag den Modernisierungskostenanteil allein für die Fassadendämmung auf mehr als 1 Mio. Euro. Die vorgeschriebene Mindestgrenze der Beschädigung, die eine komplette Fassadenerneuerung überhaupt möglich macht, ist zugleich nur ganz knapp überschritten. Deshalb sollte genau geprüft werden, ob die geplanten Maßnahmen in diesem Umfang wirklich notwendig sind. Hier ist das Bezirksamt in der Pflicht.“

Kontakt: Roland Schröder
Antrag: Knaackstraße 60-68 – keine Verdrängung! (Drs. VII-1201)